

halten im Hinblick auf Syrien sein grundsätzliches Bekenntnis zum Westen bekräftigt.

Fazit

Am Ende seiner nichtständigen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat hat Deutschland wohl die Mythen, die während seiner Amtszeit entstanden waren, zerstreut. Es verfolgte nicht die Strategie, Allianzen mit den großen nicht-westlichen Mächten zu schmieden. Es hat mit seiner erfolgreichen Bewerbungskampagne für einen Sitz im UN-Menschenrechtsrat seinen Einfluss in den Vereinten Nationen unter Beweis gestellt. Zudem hat es sich mit Blick auf die aufstrebenden Mächte als nicht konfliktstreu gezeigt, indem es unbequeme Themen in den Sicherheitsrat einbrachte. Durch diese Themenwahl demonstrierte Deutschland seinen festen Glauben, dass die Arbeit der UN schrittweise verbessert werden kann, sowohl im Umgang mit mittelfristigen Problemen wie Afghanistan als auch mit Jahrhundertthemen wie dem Klimawandel.

Dies war eine eindrucksvollere Leistung als die der meisten anderen nichtständigen Mitglieder. Schnelle Fortschritte bei Deutschlands Streben nach einem ständigen Sitz scheinen jedoch eher unwahrscheinlich. Nach dem Scheitern ihrer Initiative für eine Resolution der Generalversammlung über die Reform des Sicherheitsrats im Jahr 2011 sprachen sich die G-4 zwar weiterhin untereinander zu diesem Thema ab. Doch es gab signifikante Unterschiede bei der Frage, wie es weitergehen soll. Indische Regierungsvertreter in New York erhöhten den Reformdruck und versuchten, eine Gruppe von Entwicklungsländern hinter sich zu bringen. Deutschland befürwortete einen vorsichtigeren Ansatz und entschied, dass es kontraproduktiv sein würde, die Debatte voranzutreiben. Wahrscheinlich wird das Thema Sicherheitsratsreform nach dieser Zeit der intensiven, aber fruchtlosen diplomatischen Bemühungen in den nächsten Jahren etwas in den Hintergrund rücken.

Bei ausbleibender Reform wird sich Deutschland vermutlich recht bald wieder für einen nichtständigen Sitz bewerben. Brasilien, Deutschland, Indien, Japan und Südafrika werden wohlmöglich am Ende »semi-permanente« Mitglieder werden, einfach dadurch, dass sie öfter als andere Länder für einen Sitz kandidieren. Dies wird wahrscheinlich den kleineren UN-Mitgliedstaaten nicht behagen, doch viele haben es bereits als eine Tatsache akzeptiert.

Aber wird Deutschland überhaupt immer wieder in den Sicherheitsrat zurückkehren wollen? Wenn der Rat seine Haltung zu Fragen wie dem Klimawandel und Krisenmanagement in Konflikten wie Syrien nicht ändert, wird er immer weiter marginalisiert werden. Es werden immer weiter Mythen über Deutschlands Verhalten in den UN kursieren, doch als der größte Mythos könnte sich herausstellen, dass der Sicherheitsrat noch wichtig ist.

Drei Fragen an Tom Koenigs



Ende 2012 ist Deutschland aus dem UN-Sicherheitsrat ausgeschieden. Hat Deutschland Spuren hinterlassen?

Prägend für die Bilanz Deutschlands im UN-Sicherheitsrat ist für mich die deutsche Enthaltung bei der Abstimmung über Libyen am 17. März 2011 – an der Seite von Russland, China, Brasilien und Indien. Da hat sich die Bundesregierung von traditionellen Bündnispartnern isoliert und das Konzept der Schutzverantwortung geschwächt. Die diplomatischen Folgen wirken bis heute nach. Auch sonst hat Deutschland im Sicherheitsrat nicht

überzeugt. Die Performance war weder besonders gut noch besonders schlecht – mittelmäßig eben. Anstatt eigene Akzente zu setzen, hielt man sich an Konsensthemen wie Abrüstung oder den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten. Schwierige Themen in der Friedens- und Sicherheitspolitik wurden gescheut, wichtige Entscheidungen wurden nur zögerlich getroffen.

Indien, Brasilien und Südafrika waren ebenfalls im Rat vertreten. Haben sich diese wichtigen Schwellenländer für einen ständigen Sitz empfohlen?

Ja. Sie haben wichtige Initiativen vorangetrieben. Südafrika hat sich für eine engere Zusammenarbeit des Sicherheitsrats mit regionalen Organisationen in Friedens- und Sicherheitsfragen eingesetzt. Brasilien hat sich mit dem Konzept »Responsibility While Protecting« für eine Weiterentwicklung der Schutzverantwortung stark gemacht. Entscheidungsprozesse in den UN müssen für aufstrebende Staaten geöffnet werden, sonst ist ein zunehmendes Auswandern in Regionalabkommen zu erwarten und entsprechend eine Fragmentierung der globalen Institutionen-Architektur. Das Verhältnis zwischen aufstrebenden Staaten und etablierten Staaten der ersten Welt ist kein Nullsummenspiel. Ohne Kooperation und Interaktion können heute keine internationalen Normen und Abkommen entwickelt werden. Staaten wie Indien, Südafrika und Indien müssen in die internationale Normenentwicklung enger eingebunden werden. Das richtige Forum dafür sind die UN.

Dieses Jahr jährt sich Deutschlands Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen zum 40. Mal. Haben die UN heute in der deutschen Außenpolitik den ihnen angemessenen Stellenwert?

Ohne die UN sind globale Probleme nicht lösbar. Die UN sind aber nur so stark, wie ihre Mitgliedstaaten sie machen und so aktiv, wie ihre Mitgliedstaaten in ihr aktiv sind. Gegenwärtig ist Deutschland nur ein mittelmäßig aktiver Mitgliedstaat und bleibt weit hinter seinen Möglichkeiten zurück. Andere, auch kleinere Staaten wie zum Beispiel Norwegen und die Niederlande nehmen mehr Einfluss. Es scheint so, als redet die jetzige Bundesregierung lieber in den Hinterzimmern der G-8- und G-20-Konferenzen, als sich in den Organisationen und Gremien der UN für Frieden und Menschenrechte einzusetzen. Ich wünsche mir, dass die Vereinten Nationen ins Zentrum deutscher Politik gerückt werden. Damit können wir nicht warten, bis die UN so reformiert sind, wie wir sie uns idealerweise vorstellen. Wir müssen uns stattdessen überlegen, wie wir im jetzigen Rahmen der UN eine gute und kreative Politik machen können.

Tom Koenigs, MdB, geb. 1944, ist Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe im Deutschen Bundestag. Zuvor war er in verschiedenen Posten für die Vereinten Nationen tätig, zuletzt als Leiter der UN-Mission in Afghanistan (UNAMA).